

Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 111

17. Dezember

1915

Bekanntmachung

Über eine Bestandsaufnahme von Kaffee, Tee und Kakao.
Vom 29. November 1915.

Auf Grund des § 1 der Verordnung des Bundesrats über Kaffee, Tee und Kakao vom 11. November 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 750) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Am 3. Januar 1916 findet eine Aufnahme der Vorräte von Kaffee (Bohnenkaffee und Bohnenkaffeemischungen), roh, gebrannt oder geröstet, Tee und Kakao, roh, gebrannt oder geröstet, statt.

§ 2. Wer mit dem Beginne des 3. Januar 1916 Vorräte der im § 1 bezeichneten Art in Gewahrsam hat, ist vorbehaltlich der Vorschriften in § 3 verpflichtet, sie auf dem vorgeschriebenen Anzeigevordruck der zuständigen Behörde anzuzeigen, in deren Bezirke die Vorräte lagern.

Vorräte von Kaffee und Tee, die zum Verbrauch im eigenen Haushalt bestimmt sind, sind nur anzuzeigen, wenn sie bei Kaffee 10 Kilogramm, bei Tee 2,5 Kilogramm übersteigen.

Vorräte in Gewahrsam von Gemeinden und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Verbänden sind gleichfalls anzuzeigen.

§ 3. Vorräte, die in fremden Speichern, Lagern, Schiffsräumen und dergleichen lagern, sind vorbehaltlich der Vorschriften im Abs. 2 und 3 vom Verfügungsberechtigten anzugeben, wenn er die Vorräte unter eigenem Verschluss hat. Ist letzteres nicht der Fall, so sind die Vorräte von dem Verwalter der Lagerräume anzuzeigen.

Vorräte, die sich mit dem Beginne des 3. Januar 1916 unterwegs befinden, sind von dem Empfänger unverzüglich nach dem Empfang anzuzeigen.

Vorräte, die sich in den unter Zollaufsicht stehenden Niederlagen (öffentliche Niederlagen, Privatlagern mit oder ohne amtlichen Mitverschluss) mit Beginn des 3. Januar 1916 befinden, werden von den Zollbehörden Vorräte, die sich zu diesem Zeitpunkt in Zollauslässen und Freibeirken befinden, werden von den durch die Landeszentralbehörden bestimmten Behörden nachgewiesen. Die Nachweisungen sind bis zum 10. Januar 1916 den Landeszentralbehörden oder den von ihnen bestimmten Behörden unmittelbar einzureichen.

§ 4. Die Anzeigepflicht erstreckt sich nicht auf:

- Vorräte, die im Eigentume des Reichs, eines Bundesstaats oder Elsaß-Lothringens, insbesondere einer Heeresverwaltung oder der Marineverwaltung, stehen;
- Vorräte, die im Eigentume der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. in Berlin stehen.

§ 5. Die Erhebung der Vorräte erfolgt gemeindeweise. Die Ausführung der Erhebung liegt den Gemeindebehörden ob. Die Aufforderung zur Erstattung der Anzeige erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung. Bei der Erhebung sind die als Anlagen I und II beigefügten Muster zu verwenden. Sie sind für die Ausführung der Erhebung hinsichtlich des Inhalts maßgebend.

§ 6. Die Herstellung der Versendung der Drucksachen erfolgt durch die mit der Durchführung der Erhebung betrauten Landesbehörden. Die durch die Herstellung und Versendung der Drucksachen entstehenden Kosten werden den Landesbehörden erlegt.

§ 7. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden haben die Zusammenstellung über die ermittelten Vorräte (nach größeren Verwaltungsbezirken getrennt) bis zum 25. Januar 1916 beim Kaiserlichen Statistischen Amte einzureichen.

§ 8. Die zuständige Behörde oder die von ihr beauftragten Beamten sind befugt, zur Ermittlung richtiger Angaben Vorrats- und Betriebsräume oder sonstige Aufbewahrungsorte, wo Vorräte der im § 1 genannten Art zu vermuten sind, zu untersuchen und die Bücher des zur Anzeige Verpflichteten zu prüfen.

§ 9. Die Landeszentralbehörden erlassen die zur Ausführung der Erhebung erforderlichen Anordnungen und Bekanntmachungen.

§ 10. Wer die im § 2 vorgeschriebene Anzeige nicht erstattet oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark bestraft; auch können im Urteil Vorräte, die bei der Bestandsaufnahme verschwiegen worden sind, für dem Staate verfallen erklärt werden.

§ 11. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Berlin, den 29. November 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Deßbrück.

Anlage 1.

Vor Ausfüllung ist die Erläuterung durchzulesen.

Bestandsaufnahme von Kaffee, Tee und Kakao
am 3. Januar 1916.

Anzeige

des (Name) (Stand)
in (Wohnort) (Straße u. Nummer)

Mit Beginn des 3. Januar 1916 befanden sich bei mir folgende Vorräte:

1. Rohes Kaffee (Bohnenkaffee)
2. Gebrannter oder gerösteter (auch gemahlener) Kaffee (Bohnenkaffee oder Bohnenkaffeemischungen)
3. Tee
4. Rohes Kakao
5. Gebrannter oder gerösteter Kakao

Ich versichere hiermit, die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht zu haben.

(Ort), den 1916.
(Stempelabdruck der Firma.)

(Unterschrift)

Anlage 2.

Vorräte von Kaffee, Tee, Kakao
am 3. Januar 1916.

Staat Zusammenstellung.

Nr. in	Größere Verwaltungs- bezirke	Kaffee		Tee		Kakao	
		roh in Kilogramm	gebrannt od. geröstet auch gemahl. in Kilogr.	in Kilogr.	roh in Kilogramm	gebrannt od. geröstet in Kilogramm	
1	2	3	4	5	6	7	

Anleitung zur Ausfüllung der Anzeige.

1. Die Aufnahme erfolgt auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 29. November 1915 über eine Bestandsaufnahme von Kaffee, Tee und Kakao.

2. Zur Anzeige verpflichtet ist, wer Vorräte der in der Anzeige aufgeführten Waren mit dem Beginne des 3. Januar 1916 in Gewahrsam hat. Vorräte von Kaffee und Tee, die zum Verbrauch im eigenen Haushalt bestimmt sind, sind nur anzuzeigen, wenn sie bei Kaffee 10 Kilogramm, bei Tee 2,5 Kilogramm übersteigen. Halbfertige Kakaoverzeugnisse, gebrauchsfertiges Kakaopulver und Schokolade unterliegen nicht der Anzeigepflicht. Die Angabe hat in der Gemeinde zu erfolgen, in welcher sich die Vorräte am Stichtag tatsächlich befinden.

3. Vorräte, die in fremden Speichern, Lagern, Schiffsräumen und dergleichen lagern, sind vom Verfügungsberechtigten anzugeben, wenn er die Vorräte unter eigenem Verschluss hat. Ist letzteres nicht der Fall, so sind die Vorräte vom dem Verwalter der Lagerräume anzugeben.

Die Vorräte, die sich mit Beginn des 3. Januar 1916 in den unter Zollaufsicht stehenden Niederlagen (öffentlichen Niederlagen, Privatlagern, mit oder ohne amtlichen Mitverschluss) oder in Zollauslässen oder Freibeirken befinden, sind in dieser Anzeige nicht aufzuführen.

4. Nicht anzeigepflichtig sind Vorräte, die im Eigentume des Reichs, eines Bundesstaats oder Elsaß-Lothringens, insbesondere einer Heeresverwaltung oder Marineverwaltung, oder der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. in Berlin stehen.

5. Anzeigen ohne Unterschrift gelten als nicht abgegeben.

6. Vorräte, die sich mit dem Beginne des 3. Januar 1916 unterwegs befinden, sind von dem Empfänger unverzüglich nach dem Empfang anzuzeigen. Für diese Anzeige ist bei dem Ortsvorstand ein weiteres Anzeigeformular zu erheben.

7. Die zuständige Behörde oder die von ihr beauftragten Beamten sind befugt, zur Ermittlung richtiger Angaben Vorrats- und Betriebsräume oder sonstige Aufbewahrungsorte, wo Vorräte der genannten Art zu vermuten sind, zu untersuchen und die Bücher des zur Anzeige Verpflichteten zu prüfen.

8. Wer die vorgeschriebene Anzeige nicht erstattet oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark bestraft; auch können im

Urteil Vorräte, die bei der Bestandsaufnahme verschwiegen worden sind, für dem Staate verfallen erklärt werden.

Ausführungsbekanntmachung.

Auf Grund des § 9 der Verordnung des Bundesrats vom 29. November 1915 über eine Bestandsaufnahme von Kaffee, Tee und Kakao (Reichs-Gesetzbl. S. 791) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Als Behörde, bei der von den Zollbehörden die Vorräte an Kaffee, Tee und Kakao, die sich in den unter Zollaufsicht stehenden Niederlagen (öffentlichen Niederlagen, Privatlagern mit oder ohne amtlichen Mitversichlung) mit Beginn des 3. Januar 1916 befinden, nachzuweisen sind, sowie als Behörde, die mit Durchführung der Bestandserhebung betraut wird und die die Zusammenstellung über die ermittelten Vorräte beim Kaiserlichen Statistischen Amt einzureichen hat (§ 3 Abs. 3, §§ 6, 7 der Verordnung), wird die Großh. Zentralfstelle für die Landesstatistik bestimmt.

§ 2. Zuständige Behörde im Sinne von § 2 Abs. 1 der Verordnung ist in Städten von über 20 000 Einwohnern der Oberbürgermeister, in den übrigen Städten der Bürgermeister und in den Landgemeinden die Bürgermeisterei.

Zuständige Behörde im Sinne von § 8 der Verordnung ist das Kreisamt.

Darmstadt, den 8. Dezember 1915.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Hombergk.

Krämer.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Im Anschluß an die Verordnung des Bundesrats vom 29. November 1. Jz. über eine Bestandsaufnahme von Kaffee, Tee und Kakao (R. G. Bl. S. 791) und die hierzu erlassene Ausführungsverordnung vom 8. 1. Mts. weisen wir Sie auf die Ihnen nach § 5 der Verordnung vom 29. v. Mts. und nach § 2 der Ausführungsbekanntmachung obliegenden Verpflichtungen hin. Die für die Ausführung der Erhebung erforderlichen Drucksachen werden den Gemeinden von der Großh. Zentralfstelle für die Landesstatistik alsbald unmittelbar zugehen. Die zu erstattenden Anzeigen sind bei der Gemeindebehörde (§ 2 der Ausführungsverordnung) zu machen und von dieser umgehend an die Großh. Zentralfstelle für die Landesstatistik abzugeben. Es muß erwartet werden, daß letztere Behörde bereits am 15. Januar d. Jrs. im Beizige der Nachweisungen ist.

Die Nachweisungen für die Vorräte von Kaffee, Tee und Kakao, die sich in den unter Zollaufsicht stehenden Niederlagen befinden, werden von den Zollbehörden bei der Großh. Zentralfstelle für die Landesstatistik unmittelbar eingereicht. Zollauschlüsse und Freizeiträume sind im Großherzogtum nicht vorhanden (§ 3 Abs. 3 der Verordnung).

Die Großh. Zentrale für die Landesstatistik teilt noch folgendes mit:

1. Die Erhebung der Vorräte erfolgt aemündeweise durch die Großh. Bürgermeisterien (Oberbürgermeister, Bürgermeister). Eine Vergütung für die Mitwirkenden wird von Staats wegen nicht geleistet.

Zur Erhebung sind Anzeigeformulare zu verwenden, die Ihnen die Großh. Zentralfstelle für die Landesstatistik in der vorausichtlich nötigen Anzahl unmittelbar zuseudet.

2. Diejenigen Bürgermeisterien, welche bis zum 24. Dezember nicht im Besitz der Anzeigeformulare sind, wollen sich entweder mittelst Fernruf Nr. 232 oder telegraphisch an die genannte Zentralfstelle wenden. Wenn die überlieferte Anzahl der Anzeigeformulare nicht ausreicht, so ist sofort der Mehrbedarf bei der genannten Stelle anzufordern.

3. Die ausgefüllten Anzeigeformulare haben Sie spätestens am 6. Januar 1916 unmittelbar an die Großh. Zentralfstelle für die Landesstatistik in Darmstadt wieder einzulenden. Abschriften der Anzeigeformulare sind nicht anzufertigen. Eine Zusammenstellung des Ergebnisses ist auch nicht erforderlich.

Gießen, den 15. Dezember 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Statistik der Todesfälle im Kreis Gießen; hier den Dienstbetrieb bei den Großh. Standesämtern.

An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Die Todeszeugnisse und Sterbefallzählkarten für November und gemeinsam mit denen für Dezember 1915 spätestens am 10. Januar 1916 in die Hände des Großh. Kreisgesundheitsamts Gießen zu liefern.

Gießen, den 11. Dezember 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinaer.

Betr.: Die Aufstellung der Gemeindevoranschläge für 1916.

An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden, sowie an die Gemarkungs-, Markt- und Stiftungsvorstände des Kreises.

Wir beauftragen Sie, mit der Aufstellung der Gemeindevoranschläge für das Jz. 1916 alsbald zu beginnen. Maßgebend sind die Vorschriften der Artikel 161 ff. der Landgemeinden-Ordnung und der Anweisung für die Aufstellung des Gemeindevoranschlags vom 26. September 1913.

Im einzelnen bemerken wir das Folgende:

I. Zu den Rubriken.

a) Rubrik 1: Rechnungsrest. Der nach dem Abschluß der Rechnung für 1914 verbliebene Rechnungsrest ist in Einnahme zu stellen und hieran die im Voranschlag für 1915 unter Rubrik 1 in Einnahme vorgesehene Summe in Abzug zu bringen. An dem hiernach etwa noch verbleibenden Rechnungsrest aus 1914 sind ferner noch das Betriebskapital, das dem tatsächlichen Bedürfnis anzupassen ist, aber mindestens 8—10 Proz. der laufenden Ausgaben betragen muß, sowie die im § 46 B.-A., Abs. 2, Ziffer 1, bezeichneten Beträge in Abzug zu bringen. Der alsdann etwa noch verbleibende Betrag ist als Summe der Rubrik 1 in Einnahme zu stellen.

Sollten die in Abzug zu bringenden Beträge größer sein als der Betrag, an dem sie in Abzug gebracht werden müssen, so ist der Mehrbetrag in der Ausgabenpalte dieser Rubrik vorzutragen.

b) Rubrik 2: Gebäude, Rubrik 3: Grundstücke und Rubrik 5: Jagden, Fischereien, Teiche. Es genügt, wenn in das Erläuterungsheft unter Hinweis auf Beilage 4 die einzelnen Beträge summarisch übernommen werden; eine Trennung z. B. nach Jagdpacht und Fischereipacht soll auch hier erfolgen, jedoch erübrigt sich die Wiederholung des Textes bezgl. der Namen der Mieter und Pächter, der Dauer des Miet- und Pachtvertrags usw.

c) Rubrik 22: Allgemeine Verwaltung. Es wird empfohlen, hier den Bezugspreis für ein dem Gemeinderat zu überweisendes Exemplar des Giesener Anzeigers einzustellen, soweit nicht bereits Lieferung erfolgt, damit auch dieser von den amtlichen Bekanntmachungen und Verfügungen rechtzeitig Kenntnis erhält.

d) Rubrik 28: Schulen. Als Vergütung für den Fortbildungsschulunterricht sind bei einer Schülerzahl bis zu 10 mindestens 1,50 Mk., bei 10 und mehr Schülern mindestens 2 Mk. für die Stunde vorzusehen.

e) Rubrik 47: Kreisumlagen. Die für das Jz. 1915 angeforderten Umlagen sind in gleicher Höhe auch für 1916 vorzusehen. Obwohl der Kreis infolge des Krieges vermehrte Aufwendungen, z. B. durch Bewilligung eines Kreiszuschusses bis zu 25 Proz. der reichsgesetzlichen Familien-Unterstützung, zu bestreiten und auch Einnahmeausfälle zu erwarten hat, besteht doch das Bestreben, ohne Umlagerhöhung auszukommen.

f) Rubrik 57: Mobiliar-Erneuerungsfonds. Von einer Sperrung dieses Fonds kann abgesehen werden.

g) Rubrik 58: Kapitalzinsen. In Einnahme zu stellen sind hier nur die Zinsen von Kapitalien, die der Gesamtheit der Gemeindeangehörigen zugute kommen, sowie die Zinsen für Restkaufpreise von veräußertem gemeinheitlichem Grundvermögen.

Die Zinsen der Kapitalien, die besonderen Zwecken dienen (Armen-, Stiftungs-, Schulbesoldungs- usw. Kapitalien), erscheinen unter den Rubriken, für deren Zwecke sie bestimmt sind.

h) Rubrik 59: Schuldentilgung. Unter dieser Rubrik ist diejenige Schuldentilgung einzustellen, die aus laufenden Mitteln vorzunehmen ist, während solche aus zurückgezahlten Kapitalien, aus dem Erlöse für verkaufte Gelände, von außerordentlichen Holzschlägungen usw. in den II. Teil „Für das Vermögen“ unter die Rubrik 70 gehört.

i) Rubrik 61: Gemeindeumlagen. Da infolge der Mobilmachung sowohl im laufenden wie im kommenden Rechnungsjahr die Steuererlässe in fast allen Gemeinden eine außerordentliche Höhe erreichen werden, muß bei der Aufstellung der Voranschläge hier ganz besonders Rücksicht genommen werden. Infolgedessen wird auch in den meisten Gemeinden eine Umlagerhöhung nicht zu vermeiden sein.

k) Unter der offenen Rubrik 43, die die Bezeichnung „Für Kriegswohlfahrtspflege“ erhält, sind die in Abs. 2 unseres Ausschreibens vom 22. XII. 1914 — Kreisblatt Nr. 81 — verzeichneten Gegenstände aufzunehmen.

l) Die infolge des Krieges sonst noch entstehenden Kosten für Einquartierungen, Vorrat, Foragelieferungen und dergleichen sind nicht unter Rubrik 38, die nach den Bestimmungen der neuen Voranschlagsanweisung nur für Quartierleistungen für die Truppen bei Friedensübungen bestimmt ist, sondern unter der neu zu eröffnenden Rubrik 44 „Für Kriegseinstellungen“ vorzutragen.

m) Im allgemeinen bemerken wir zu den Rubriken:

In allen Zweigen der Gemeindeverwaltung muß die allgrößte Sparsamkeit und Zurückhaltung in den nicht unbedingt notwendigen und dringlichen Ausgaben angewandt werden. Insbesondere gilt dies für die Neuübernahme und Fortsetzung von

Arbeiten und Veranstaltungen, die die Steuern und die Schuldenlast der Gemeinden über den bisherigen Satz und Betrag direkt oder indirekt zu erhöhen geeignet sind.

Ferner können die bisher vorgesehenen Abschreibungen auf gemeindliche Betriebe und Unternehmungen ganz oder teilweise unterbleiben, ebenso außerordentliche Kapitaltilgungen und solche über den genehmigten Schuldentilgungsplan hinaus.

1. Die Umlagen und etwa übernommene Beiträge zur **Haarorgelkasse** für die Gemeindevorstände und Bediensteten sind unter derjenigen Rubrik zu verrechnen, unter der auch die Gehälter oder Vergütungen der betr. Beamten oder Bediensteten zu erscheinen haben. Für 1916 sind als Umlage 9 Prozent und als Beiträge 3 Prozent des ruhgehaltsfähigen Einkommens vorzulegen. Das ruhgehaltsfähige Einkommen ist stets anzugeben.

2. Werden unter einer Rubrik Zuschläge, Gebühren, Abgaben oder indirekte Steuern vereinnahmt (z. B. Marktstandgeld, Biergebühren, Wassergeld usw.), so sind die Vorschriften, nach denen die Erhebung erfolgt, mit Datum und Nummer der Genehmigungsvorschrift und die Erhebungsgrundsätze (Tarif) anzugeben.

II. Zu den Beilagen.

Beilage 3, Verzeichnis der Gemeindeforderungen. Im Vorjahr hat vielfach der Vorbericht über die Art und Weise der Schuldentilgung gefehlt, der dieses Mal nicht vergessen werden darf. In dem Verzeichnis sind die Schulden, deren Zinsen unter einer Rubrik zu verrechnen sind, jeweils für sich abzuschließen. Die einzelnen Abschlässe sind am Schlusse des Verzeichnisses zusammenzustellen.

In Spalte 9 die Schuld z. B. der Aufstellung des Voranschlags ausgenommen wird, aber jedenfalls noch bis zum Schlusse des Rechnungsjahres Kapitalrückzahlungen stattfinden, so ist diese Rückzahlung in der letzten Spalte „Bei der Zinsberechnung zu berücksichtigende Kapitalabgänge“ zu verzeichnen. Nur von der am Anfang des kommenden Rechnungsjahres voraussichtlich noch bestehenden Schuld sind Zinsen zu berechnen und in Ausgabe vorzulegen, wobei auch noch die im Laufe des Rechnungsjahres 1916 zur Abtragung kommenden Kapitalien zu berücksichtigen sind.

Beilage 4, Uebersicht über das Gemeindevermögen. Wegen der zunehmenden Vermögensverluste verweisen wir auf § 39 B.-M. und bemerken hierzu, daß insbesondere auch etwaige Kaufschillingforderungen, sowie das lebende Inventar (Faschewie) und die wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinde (Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke usw.) aufzuführen sind.

Das Vermögensverzeichnis ist alle 3 Jahre zergliedert aufzustellen; für 1916 ist es summarisch aufzustellen.

Als Kapitalwert der Gebäude ist das Brandversicherungskapital, als Kapitalwert der Grundstücke der steuerliche Vermögenswert anzugeben. Das Finanzamt ist in der Lage, die Vermögenswerte der Grundstücke anzugeben.

Als Kapitalwert der nutzbaren Rechte ist der 25 fache Betrag des Durchschnitts der drei vorangegangenen Nachschüsse anzusetzen. Die Durchschnittsberechnung ist in der Beilage vorzunehmen.

Der Wert der Mobilien ist auch fernerhin summarisch nach dem vorhergehenden Voranschlag mit einem Abzug für Wertminderung von mindestens 5 Proz. der vorjährigen Schlusssumme anzugeben. Die neu zugehenden Inventarstücke sind einzeln aufzuführen.

Bezüglich der Neuauflistung von Inventaren für die Gemeinden behalten wir uns weitere Anordnung vor.

Beilage 5. Summarische Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des zweiten vorhergehenden Jahres.

Für diese Uebersicht ist diesmal das neue Formular zu verwenden. (Rechnung 1914).

Zur Rubrik 1 ist in den Erläuterungen der Beilage anzugeben, ob sich das hier ausgenommene Ergebnis der Rechnung des drittvorhergehenden Jahres (hier 1913) auf den Abschluß des Rechners oder der Oberrechnungskammer gründet. Abweichungen gegenüber dem Abschluß der Beilage 5 zum vorigen Voranschlag sind zu erläutern.

III. Allgemein.

1. Die zu den früheren Voranschlägen erhobenen Revisionsbemerkungen und Beschlüsse sind genau zu beachten. Geht es dies nicht, oder werden die Vorschriften über die Aufstellung der Voranschläge teilweise nicht beachtet, so haben Sie Rückgabe des Voranschlags zur Umarbeitung zu gewärtigen.

2. Nach der Landgemeindeordnung ist der Voranschlag bis spätestens Ende November dem Gemeinderat zur Beratung vorzulegen. Mit Rücksicht auf den Kriegszustand erteilen wir Frist hierzu bis Ende Januar 1916.

Zur Voranschlags-Beratung sind auch zuzuziehen der höchstbesteuerte Grundbesitzer oder sein Stellvertreter (Art. 1 des Gesetzes vom 3. 5. 1858 in der Fassung des Art. 216 Abs. 2 LGO, und (als Auskunftsperion) der Gemeinderat (Art. 162 Abs. 1 LGO). Ueber die Beratung ist ein Protokoll nach dem der Voranschlagsanweisung beigegebenen Muster (Beilage 2) aufzunehmen, das mit dem (nach den Beschlüssen des Gemeinderats) in der hierfür vor-

gesehenen Spalte des Zahlenvoranschlags ergänzten) Voranschlag offenzulegen ist.

3. In derselben Gemeinderatsitzung, in der über den Voranschlag beraten wird, ist nach Festsetzung des Umlagebedarfs Beschlüsse über die Höhe der Steuerzuschläge (s. Artikel 56 Abs. 1 und 2 G. U. G.) zu fassen, d. h. über die Verteilung des Umlagebedarfs auf die Einkommensteuer einerseits und die Gruppe der Vermögenssteuern (Grundbesitz, Anlage- und Betriebskapital, Kapitalvermögen) andererseits.

Durch den Spielraum, den Artikel 56 Abs. 2 G. U. G. dem Gemeinderat einräumt, sollte nicht ermöglicht werden, alljährlich den Verteilungsmaßstab zu ändern; er sollte vielmehr zunächst für die ersten Jahre des Ueberganges aus der alten zu der neuen Gemeindeverfassung eine allzu starke Verschiebung des Verhältnisses zwischen den zwei verschiedenen Steuergruppen verhüten und weiterhin jede Ueberlastung der Einkommensteuer ausschließen. Das Gesetz will eine möglichst stetige Stetigkeit des Beitragsverhältnisses.

Wir empfehlen, das seitherige Beitragsverhältnis beizubehalten.

Der Beschlüsse über das Beitragsverhältnis ist im Protokollbuch zu protokollieren und im Fall der Änderung des Verhältnisses gegen das Rechnungsjahr 1915 zu begründen. Dieses Beitragsverhältnis ist aus dem Protokollbuch ersichtlich.

4. Sind die vorbesprochenen Beschlüsse gefaßt und protokolliert, so ist der durchberatene Zahlenvoranschlag in dreifacher Ausfertigung, sowie die über die Beratung und über den Beschlüsse über das Beitragsverhältnis aufgenommenen Protokolle von allen Personen, die an der Beratung teilgenommen haben — außer dem Gemeinderat — zu unterschreiben.

5. Daraufhin ist der Voranschlag (Zahlenvoranschlag und Beilagen) und das über seine Beratung im Gemeinderat aufgenommene Protokoll alsbald während der Frist von einer Woche (nicht 8 Tage!) offenzulegen. Der Offenlegung hat eine Bekanntmachung des Bürgermeisters vorausgehen, die zu enthalten hat:

1. die Zeit und Dauer der Offenlegung;
2. den Ort derselben (Amtsstube des Bürgermeisters oder Gemeindegasthaus);
3. den Hinweis, daß die Beteiligten innerhalb der Offenlegungsfrist den Voranschlag einsehen und bei dem Bürgermeister schriftlich oder zu Protokoll Einwendungen gegen seinen Inhalt anbringen können;
4. eventuell den Hinweis, daß auch eine Umlage beschlossen worden ist, zu der die Ausmäcker herangezogen werden.

Diese Bekanntmachung erfolgt in ortsüblicher Weise und im Kreisblatt. Sie ist auf der letzten Seite des Zahlenvoranschlags von dem Bürgermeister zu bescheinigen.

6. Unter Aufhebung seines Ausschreibens vom 19. Juni 1878, zu Nr. M. d. J. 8460, hat Großh. Ministerium des Innern durch Amtsblatt Nr. 15 vom 1. Oktober 1913, zu Nr. M. d. J. 16339 bestimmt: Die Bürgermeister der Gemeinden, in deren Gemarkung der Fiskus einen zur Gemeindesteuer herangezogenen Grundbesitz im steuerbaren Werte von wenigstens 100 000 Mk. hat, haben alljährlich, gleichzeitig mit der Offenlegung des Voranschlags (§ 10 Voranschlagsanweisung) der mit der Verwaltung der fiskalischen Güter beauftragten Oberförsterei ohne weiteres Begleitförmel ein Exemplar des Zahlenvoranschlags und des Erläuterungsheftes zur Einsicht zu überreichen, das von der Oberförsterei innerhalb der einwöchigen Offenlegungsfrist zurückgegeben wird.

7. Nach Ablauf der Offenlegungsfrist hat der Bürgermeister die etwa erhobenen Einwendungen zum Gegenstand der Beratung und Beschlussefassung im Gemeinderat zu machen.

Die Beschlüsse des Gemeinderats zu den Einwendungen sind in das Protokollbuch einzutragen. Sämt der Gemeinderat die Einwendungen ganz oder teilweise für begründet, so ist der Voranschlag entsprechend zu berichtigen. Davon ist den Personen, von denen diese Einwendungen erhoben sind, Kenntnis zu geben.

Sind keine Einwendungen erhoben, so ist dies von dem Bürgermeister unter Ausfüllung des Vorbruchs auf der letzten Seite des Zahlenvoranschlags zu bescheinigen.

8. Bis spätestens Ende Februar 1916 hat Vorlage an den Kreisrat zu erfolgen. Dem Kreisrat ist vorzulegen:

1. in doppelter Ausfertigung der Gemeindevoranschlag mit sämtlichen Beilagen;
2. die erhobenen Einwendungen in Urschrift und einer Abschrift;
3. die zu den Einwendungen gefaßten Gemeinderatsbeschlüsse in zwei Abschriften;
4. zwei Abschriften des Gemeinderatsbeschlusses über den Verteilungsmaßstab der Gemeindeversteuern.

9. Wie bereits in unserer übergebenen Verfügung vom 7. Oktober 1914, betr. die Aufstellung und Einreichung der Gemeindevoranschläge, erwähnt, kann von der Aufstellung der Gemeindevoranschläge — etwa wegen Heranziehung des Rechners zum Kriegsdienst — nicht abgesehen werden. Ebensonenig ist ein Voranschlag für 1916 entbehrlich. Eine Hinausschiebung der Voranschlagsarbeiten, die doch nicht zu umgehen sind, wäre zwecklos. Wir erwarten daher, daß der Bürgermeister, in dessen Abwesenheit der Beigeordnete, oder auch in dessen Verhinderung der mit Vernehmung des Bürgermeisters beauftragte Vertreter die Voranschlagsarbeiten sofort in Angriff nehmen und

die vorgeschriebenen Termine genau einhalten wird.

Die Bestimmungen unter Ziffer III, 9 finden auch auf die Gemarkungs-, Markt- und Stiftungsvoranschläge Anwendung.

Gießen, den 10. Dezember 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Maul- und Klauenseuche im Kreise Büdingen.
In Oberau, Langenbergheim und Ertarishausen ist die Maul- und Klauenseuche erloschen.

Gießen, den 15. Dezember 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Maul- und Klauenseuche im Kreise Friedberg.
Die Maul- und Klauenseuche in der Gemeinde Dorheim ist erloschen. Die angeordneten Sperrmaßregeln sind aufgehoben.

Gießen, den 15. Dezember 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Hemmerde.

Betr.: Die Werrische Stiftung.

An die Schulvorstände des Kreises.

Von Lehrern wird uns mitgeteilt, daß ihnen unsere Verfügung vom 14. 9. 1915 in obiger Sache nicht zur Kenntnis gebracht worden und auch keine Aufforderung zugegangen sei, Vorschläge im Sinne der fraglichen Verfügung zu machen. Insofern aus diesen Gründen unserer Auflage vom 14. 9. 1915 nicht entsprochen worden ist, werden Sie hiermit nochmals zur Berichterstattung und zwar binnen drei Tagen aufgefordert.

Gießen, den 15. Dezember 1915.

Großherzogliche Kreisschulkommission Gießen.
J. B.: Langermann.

Bekanntmachung.

Betr.: Einschränkung des Fleisch- und Fettverbrauchs.
Auf Grund des § 10 der Bekanntmachung zur Einschränkung des Fleisch- und Fettverbrauchs vom 28. Oktober 1915 bestimmen wir, daß abweichend vom § 1 dieser Bekanntmachung am
Freitag, 24. Dezember und
Freitag, 31. Dezember d. J.

Fleisch, Fleischwaren und Speisen, die ganz oder teilweise aus Fleisch bestehen, gewerbmäßig an Verbraucher verabfolgt werden dürfen.

Gießen, den 15. Dezember 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Langermann.

Betr.: Verfügung der amtlichen Förderung des Verfahrens der Fleisch-Erfass-Zentrale in Charlottenburg zur Herstellung von sogenanntem Sparsfleisch.

An den Oberbürgermeister zu Gießen, die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden Großh. Polizeiamt Gießen und die Großh. Gendarmerie des Kreises.

Das Königlich Preussische Ministerium des Innern hat aus einer Eingabe der „Fleisch-Erfass-Zentrale“ in Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 74, entnommen, daß diese Firma zwecks Verwertung ihres Verfahrens zur Herstellung eines sogenannten Sparsfleisches (Fleischersatzes) sich an die Regierungen und Magistrate gewendet hat.

Nach den angestellten Ermittlungen handelt es sich um ein Unternehmen des Bädermeisters Friedrich Richter in Charlottenburg, dessen Verfahren im wesentlichen darin besteht, Blut von Schlachttieren unter Zusatz von Wasserstoffsuperoxyd zu erhitzen, um es zu entfarben (bleichen) und zu einer festen Masse gerinnen zu lassen, die als Ersatz für Fleisch bei der Herstellung von Würstwaren, Hackbraten, Fleischklößen u. dergl. Verwendung finden soll.

Die ganze Art der Reklame erweckt den Eindruck, daß Richter unter dem Deckmantel der „Fürsorge für die ärmere Bevölkerung zur Linderung der Fleischnot“ sein Verfahren geschäftlich ausbeuten möchte.

Da sich das Blut der Schlachttiere nach den bewährten herkömmlichen Verfahrensarten erheblich billiger und einfacher der menschlichen Ernährung zugänglich machen läßt, liegt für das Richterische Verfahren kein Bedürfnis vor. Es ist sogar zu befürchten, daß es zum Verfälschen der in Betracht kommenden Nahrungsmittel Anlaß bietet. Jedenfalls ist von einer amtlichen Förderung der Bestrebungen der Fleisch-Erfass-Zentrale abzusehen.

Die an der Ueberwachung des Verkehrs mit Nahrungsmitteln beteiligten Beamten und Sachverständigen, insbesondere auch das Fleischbeschaupersonal sind anzuweisen, darauf zu achten, daß Fleischmeister und Würstfabrikanten, die das Richterische Verfahren anwenden, ihre in Betracht kommenden Erzeugnisse im Sinne des § 10 des Gesetzes über den Verkehr mit Nahrungsmitteln

mitteln, Gefäßmitteln und Gebrauchsgegenständen vom 14. Mai 1879 (Reichs-Gesetzbl. S. 145) einwandfrei kennzeichnen, damit die Bevölkerung nicht durch Täuschung übervorteilt wird.

Gießen, den 13. Dezember 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Langermann.

Bekanntmachung.

An Stelle der durch Bekanntmachung vom 5. November 1914 (Gieß. Anz. Nr. 261 v. 6. 11. 15) veröffentlichten Verordnung (Gieß. Anz. Nr. 261 v. 6. 11. 15) veröffentlichten Verordnung ist nachstehende getreten; alle Ortspolizeibehörden werden angewiesen, darauf zu achten, daß sie genau befolgt wird, bei Uebertretung ist unnachlässig Anzeige zu erheben.

Gießen, den 16. Dezember 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Langermann.

XVIII. Armeekorps.

Stellvertretendes Generalkommando.

Wt. III b Tgb.-Nr. 25 300/11 831.

Frankfurt a. M., den 7. Dezember 1915.

Betr.: Anmeldepflicht der Ausländer.

Verordnung.

An die Stelle der Verordnung vom 27. 10. 1914 — III b Nr. 36 852/2621 — betr. Anmeldepflicht der Ausländer tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1916 folgende Verordnung:

Auf Grund der §§ 4 und 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 bestimme ich:

§ 1. Jeder über 15 Jahre alte Ausländer hat sich binnen 12 Stunden nach seiner Ankunft am Aufenthaltsort unter Vorlegung seines Passes oder des seine Stelle vertretenden behördlichen Ausweises (§ 1 Abs. 2 und § 2 Abs. 2 der Kaiserlichen Verordnung vom 16. Dezember 1914, R. G. Bl. S. 251) bei der Ortspolizeibehörde (Reviervorstand) persönlich anzumelden.

Ueber Tag und Stunde der Anmeldung macht die Polizeibehörde auf dem Paß unter Beidrückung des Amtssiegels einen Vermerk.

§ 2. Desgleichen hat jeder Ausländer der im § 1 bezeichneten Art, der seinen Aufenthaltsort verläßt, sich binnen 24 Stunden vor der Wreise bei der Ortspolizeibehörde (Polizeirevier) unter Vorzeigung seines Passes oder des seine Stelle vertretenden behördlichen Ausweises und unter Angabe des Reisezieles persönlich abzumelden.

Der Tag der Abreise und das Reiseziel wird von der Ortspolizeibehörde wiederum auf dem Paße vermerkt.

§ 3. Jedermann, der einen Ausländer entgeltlich oder unentgeltlich in seiner Behausung oder in seinen gewerblichen und dergl. Räumen (Gasthäusern, Pensionen usw.) aufnimmt, ist verpflichtet, sich über die Erfüllung der Vorschriften im § 1 spätestens 12 Stunden nach der Aufnahme des Ausländers zu vergewissern und im Falle der Nichterfüllung der Ortspolizeibehörde sofort Mitteilung zu machen.

§ 4. An- und Abmeldung gemäß § 1 und 2 kann miteinander verbunden werden, wenn der Aufenthalt des Ausländers an dem betreffenden Orte nicht länger als 3 Tage dauert.

§ 5. Die Ortspolizeibehörde (Reviervorstand) hat über die sich an- und abmeldenden Ausländer Listen zu führen, die Namen, Alter, Nationalität, Paßnummer und Art des Passes, sowie Tag der Ankunft, Wohnung und Tag der Abreise angeben; Zugänge, Abgänge und Veränderungen dieser Liste sind täglich in den Landkreisen dem Landrat, in den Stadtkreisen dem Polizeiverwalter (Polizeipräsident, Erster Bürgermeister) mitzuteilen.

§ 6. Die über den Aufenthaltswechsel von Ausländern und ihre periodische Meldepflicht für die Dauer des Krieges erlassenen allgemeinen Bestimmungen bleiben unverändert bestehen.

§ 7. Ausländer, welche den Bestimmungen der §§ 1 und 2 zuwiderhandeln, werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher dem § 3 zuwiderhandelt.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Gall, General der Infanterie.

XVIII. Armeekorps.

Stellvertretendes Generalkommando.

Wt. III b Tgb.-Nr. 25 139/11 964.

Frankfurt a. M., den 6. Dezbr. 1915.

Betr.: Flugblätter über Heilverfahren.

Verordnung.

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 verbiete ich im Interesse der öffentlichen Sicherheit für die Dauer des Krieges den Druck und Vertrieb von Flugblättern, die sich gegen das staatlich anerkannte Heilverfahren wenden.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Gall, General der Infanterie.